

Rede Prinz Michael von und zu Liechtenstein¹ zu:

«Die missverstandene Transparenz!»

Anlässlich der Veranstaltung des Liberalen Instituts am 18. September 2012 in Zürich zum Thema: «Vom Schutz der Privatsphäre zum gläsernen Bürger?»

Geschätzte Damen und Herren

Wenn ich heute «*der gläserne Mensch*» höre, so denke ich automatisch an den derzeit oft und gerne verwendeten Begriff «*Transparenz*». Warum? Allzu oft werden grundsätzlich positiv besetzte Begriffe dazu missbraucht, um eine (auf gut Neudeutsch) «*hidden agenda*» durchzusetzen. Dadurch können Begriffe gefährliche Instrumente werden.

Nachdem der Begriff «*Transparenz*» seit längerem in aller Munde ist, mag sich so manch einer fragen: «Was bedeutet er überhaupt?!»

Was heisst «*Transparenz*»?

Der Begriff «*Transparenz*» stammt aus der Physik². In der Physik beschreibt «*Transparenz*» die Fähigkeit von Materie, elektromagnetische Wellen durchzulassen. Im Allgemeinen wird der Begriff in der Optik verwendet, d.h. auf Licht bezogen. Ein Material gilt dann als *transparent* oder *durchsichtig*, wenn sich das Dahinterliegende relativ klar erkennen lässt, wie z.B. Fensterglas, klares Wasser oder Luft.

¹ Prinz Michael von und zu Liechtenstein ist Präsident des Verwaltungsrats von Industrie- und Finanzkontor (www.iuf.li) – Gründer und Vorsitzender von Geopolitical Information Services AG (www.geopolitical-info.com) – Präsident des liberalen Think Tanks European Center of Austrian Economics Foundation (www.ecaef.li).

² vgl. auch Wikipedia/Transparenz (Physik).

Der Begriff «*Transparenz*» wurde von der Politik³ übernommen und beschreibt in diesem Bereich einen Zustand von freier Information und Rechenschaft zwischen den verschiedenen handelnden Parteien eines politischen Systems und den Bürgern. Dabei wird unterschieden zwischen den beiden Begriffen *Verwaltungstransparenz* und *Öffentlichkeitsprinzip*. Gleich wie in der Physik, kann in der Politik ein transparentes Objekt durchschaut werden. In der Politik bildet «*Transparenz*» einen wesentlichen Bestandteil der Demokratie und des Rechtsstaates

Abgrenzung von «*Transparenz*» und «*Rechenschaftspflicht*»:

Jede Handlung für Dritte (und das ist jede politische Handlung, da Politik im Interesse der Bürger geschieht) beinhaltet eine Rechenschaftspflicht.

Derzeit lässt sich eine gewisse Aushöhlung des Begriffs «*Rechenschaftspflicht*» durch das Schlagwort «*Transparenz*» erkennen. Für eine «saubere» Governance im öffentlichen Leben und in Unternehmen benötigt es allerdings nicht die Veröffentlichung aller Handlungen. Zum besseren Verständnis möchte ich dies beispielhaft erläutern:

- Bei Verhandlungen im staatlichen Leben hat die Politik bzw. die Verwaltung einen Plan B vorzusehen, für den Fall, dass das Verhandlungsziel nicht erreicht wird oder sich abzeichnet, dass es nicht erreicht werden kann. Ebenso ist dies bei Unternehmen der Fall.
- Klarerweise muss dieser Plan B für die Aufsichtsorgane einsehbar sein. Allerdings wäre es für die Verhandlungen sehr schädlich, wenn auch Dritte dazu Zugang hätten. Das heisst: nachvollziehbare Handlungen JA, aber ausposaunen NEIN!
- Beispielsweise kann ein öffentlich kotiertes Industrieunternehmen seine Forschungsprogramme nicht allen Aktionären zugänglich machen. Sonst könnten diese Programme relativ schnell bei der Konkurrenz landen.

³ vgl. auch Wikipedia/Transparenz (Politik).

«Transparenz» ist in aller Munde:

«Transparenz» wird von der Allgemeinheit als etwas Gutes angesehen. Warum? Da der Begriff «Transparenz» oft verwechselt wird mit der *Rechenschaftspflicht* und einer *Nachvollziehbarkeit*. Begriffe die aus ethischen bzw. moralischen Beweggründen als positiv gewertet werden, werden fallweise dazu missbraucht, um andere Vorhaben zu beschönigen. So ist dies auch mit dem Begriff «Transparenz» der Fall, der in der Regel unter den folgenden vier Vorwänden missbraucht wird:

- als Vorwand für Voyeurismus;
- als Vorwand für eine ungerechtfertigte Kontrolle;
- als Vorwand, um Verhandlungen beeinflussen oder sich einer Verantwortung entziehen zu können;
- als Vorwand, um bestimmte Entscheidungen vorweg zu nehmen («Wir können jetzt nicht anders.»).

«Transparenz» und persönliche Freiheit:

Unter dem Begriff «Transparenz» wird heute von staatlicher Seite in die Privatsphäre eingegriffen. Immer wieder wird «gepredigt», dass wenn jemand nichts zu verbergen habe, er Informationen auch preisgeben könne. Dies ist jedoch pure Dialektik im marxistischen Sinne und führt im Umkehrschluss zu der Schlussfolgerung, dass wenn jemand persönliche Daten und Informationen für sich behalten möchte, er automatisch etwas Unrechtes zu verbergen habe. Darin lässt sich eine besorgniserregende Tendenz erkennen: das Recht des Einzelnen auf Privatsphäre wird sich in der Zukunft wohl vermehrt dem vermeintlichen Recht der Öffentlichkeit auf uneingeschränkte Einsichtnahme (sprich: Voyeurismus) beugen müssen.

In einer «gesunden» Gesellschaft jedoch sollte man grundsätzlich von Ehrlichkeit ausgehen. Der «*Ruf nach Transparenz*» stellt praktisch jeden erst einmal unter Generalverdacht. In diesem Sinne steht dieses Verständnis von «*Transparenz*» im krassen Widerspruch zur Menschenwürde. Der Begriff «*Transparenz*» wird dazu missbraucht, um ungerechtfertigte Kontrollen gegenüber dem Bürger auszuweiten. Die damit einhergehende Datensammlung kann zu einer grossen Gefahr für den Einzelnen werden.

Schliesslich darf nicht vergessen werden, dass auch eine Demokratie – wenn die Freiheit und Privatsphäre des Einzelnen nicht respektiert wird – totalitäre Züge annehmen kann.

«*Transparenz*» und Vermögensschutz:

Die Begehrlichkeit nach Gold und Geld in der menschlichen Gesellschaft besteht seit Jahrtausenden. Wenn jemand Vermögen hat, so kann dies Begehrlichkeiten in anderen wecken, mit dem Ziel, an dieses Vermögen heranzukommen.

Die Privatsphäre im Bereich des privaten Vermögens ist ein essentieller Bestandteil vom Vermögensschutz. Vermögensschutz ist nicht nur wichtig für den Vermögenden selbst, sondern insbesondere auch für die gesamte Gesellschaft. Denn Privatvermögen stellt einen tragenden Pfeiler der allgemeinen Wohlfahrt dar!

Das Motto «*Transparenz*» – und hier komme ich nun zur *missverstandenen Transparenz* – wird insbesondere verwendet, um Vermögensverhältnisse aufzudecken, weil Begehrlichkeiten Dritter (ob Familienangehörige, sogenannte «Schmarotzer» oder die Gesellschaft selbst) bestehen. Damit verkommt «*Transparenz*» zu einem Begriff, dem grundsätzlich eine positive Bedeutung beigemessen wird, der aber dazu missbraucht wird, um die finanzielle Privatsphäre mittels verschiedener Überwachungsmechanismen aushöhlen zu können.

Privatvermögen – ob gross oder klein – sind im Allgemeinen ehrlich erworben. Und dies in den meisten Fällen durch Arbeit über Generationen hinweg. Weshalb sollen die Früchte dieser Arbeit nicht auch denen zustehen, die die Arbeit geleistet haben? Ein zu viel an «*Transparenz*» in finanziellen Angelegenheiten macht angreifbar und kann negative Folgen haben. Dies war auch einmal der ausschlaggebende Grund für die Einführung des Bankkundengeheimnisses.

In den vergangenen Jahren und bis dato wird ein Keil zwischen vermögensfreundliche Staaten und die öffentliche Meinung getrieben, indem bewusst falsch argumentiert wird und die sogenannten «Reichen» angeprangert werden. Vermögensschutz aber steht nicht nur einer bestimmten Personengruppe (bspw. den «Reichen») zu und ist auch nicht dazu da, um eine nationale Steuerhoheit zu umgehen oder Vermögen zu verstecken! Vermögensschutz ist dazu da, um Vermögenswerte frühzeitig und rechtmässig vor zukünftigen Verlustrisiken wie z.B. Enteignung oder persönlichem Unvermögen zu bewahren. Wenn sich jemand mit dem Thema Vermögensschutz auseinandersetzt, so zeugt dies von Weitblick und Achtsamkeit zum Wohle zukünftiger Generationen und der Gesellschaft!

Wir sollten uns deshalb darüber bewusst werden, dass eine Privatsphäre in finanziellen Angelegenheiten nicht nur eine Angelegenheit «Reicher» ist, auch nicht eine Frage der Steuern ist und nicht dazu dient, um Unrechtes zu verbergen. Privatsphäre in finanziellen Angelegenheiten ist ein Thema der individuellen Freiheit! Deshalb muss das Thema «*Transparenz*» mit grösster Sorgfalt behandelt werden.

Ein kurzer Exkurs zu Wikileaks:

An dieser Stelle möchte ich nun eine gedankliche Klammer aufmachen und das Thema Wikileaks aufgreifen. Vonseiten der öffentlichen Hand wird der Bürger aufgrund einer missverstandenen «*Transparenz*» immer stärker überwacht. Beispiele hierfür sind die Vorratsdatenspeicherung oder die Berichtspflichten, etc.

Der Staat kontrolliert den Bürger also immer stärker. Der Bürger aber erhält im Gegenzug nicht das Gefühl, als der wesentliche Aktionär bzw. Stakeholder des Staates, hinreichend informiert zu werden. Und so kommt es, dass je mehr der Staat den Bürger überwacht (weil er offenbar an der Ehrlichkeit des Bürgers zweifelt) als Echo zurückkommt, dass der Bürger vermehrt Zweifel an der Ehrlichkeit von staatlichen Institutionen hegt.

Nun hat sich Wikileaks (aus rechtlicher und ethischer Sicht auf bedenkliche Weise) Daten verschafft und diese der Allgemeinheit zugänglich gemacht. Die öffentliche Häme ist gross und die Sympathien liegen eher auf der Seite von Wikileaks als auf der Seite der eigenen Verwaltungen. Im Grund aber stellt Wikileaks ein sehr bedenklicher Auswuchs des «*Rufs nach Transparenz*» dar.

Zurück zum Bankkündengeheimnis:

Es ist sicher die Aufgabe eines jeden Bürgers, in einem angemessenen Ausmass Mittel für die notwendigen Aufgaben der öffentlichen Hand beizusteuern. Leider aber wurden und werden öffentliche Mittel häufig zu einem Zweck der Wahltaktik. Die Politik macht Versprechungen, um wiedergewählt zu werden. Dies führt zu übertriebenen Ausgaben der öffentlichen Hand. Die Staatsausgaben «können» nicht auf das Notwendige beschränkt werden. Die Vergabe von öffentlichen Mitteln kann zu Populismus verkommen, um die Wähler anzuziehen.

Nun sind die Kassen leerer als leer und es wird überlegt, wie man sie füllen kann – ohne aber echte, zukunftssträchtige, nachhaltige Reformen durchzuführen. In vielen europäischen Ländern hören wir derzeit den Aufschrei: «Die Reichen sollen zahlen!», wobei die Grenze zum Reichtum nicht mehr allzu hoch angesetzt wird. Und die missbrauchte «*Transparenz*» wird aktuell dafür eingesetzt, um die sogenannten «*Reichen*» aufspüren und deren Beitrag zur Sanierung der maroden Finanzen rechtfertigen zu können. Und gar, um die Öffentlichkeit dafür zu begeistern. Hier nun aber mündet der Begriff «*Transparenz*» ganz klar im Populismus.

Hierin liegt nun das «Missverständene»:

Von den Bürgern wird vollständige Transparenz erwartet. Der gläserne Bürger hält immer mehr Einzug. Die Taktik lautet: «Warum soll man Informationen nicht öffentlich machen, wenn man nichts zu verbergen hat?». Gleichzeitig aber ist die Rechenschaftspflicht resp. der Rechenschaftsbericht von staatlichen resp. öffentlichen Institutionen für den normalen Bürger nicht mehr überprüfbar geschweige denn nachvollziehbar.

Kommen wir nun zum Schluss:

In meinen bisherigen Ausführungen habe ich kritisiert und geklagt. Eine Rolle, die ich eigentlich ungern einnehme.

Zum Schluss nun möchte ich den Begriff «*Transparenz*» kurz im Sinne von *Verständnis* und *Nachvollziehbarkeit* beleuchten. Über die westliche Welt hat sich in den letzten Jahrzehnten eine wahre Gesetzesflut ergossen. Die Gefahr dabei ist, dass, ähnlich wie eine Inflation den Wert des Geldes zerstört, eine Gesetzesflut (bei der allzu vieles nicht mehr verstanden wird) den Respekt vor dem Recht und dem Rechtsstaat zerstört.

Für den normalen Bürger wird es immer schwieriger, allen Regeln und Vorgaben gerecht zu werden. Behördliche Auflagen beanspruchen ungeheuer viel Zeit und erhöhen die Kosten. Nicht von ungefähr wächst daher der Graumarkt in den westlichen Industriestaaten. Dieser wächst aber nicht primär, weil Personen etwas Unrechtes tun oder ungerechtfertigte Gewinne machen wollen. Nein, vielmehr wächst er wegen der Schwierigkeiten die sich aus all den behördlichen Auflagen ergeben. Dies gilt nicht nur für das Steuerrecht, sondern auch für viele andere Rechtsbereiche.

Fakt ist: der gläserne Bürger wird verlangt, weil die staatlichen Behörden kein Vertrauen mehr in die Bürger haben. Und Wikileaks wird geliebt, weil die Bürger kein Vertrauen mehr in den Staat haben.

Ein gegenseitiges Vertrauen ist jedoch notwendig, um ein nachhaltig prosperierendes Staatswesen aufrecht erhalten zu können. Doch durch Kontrollen wird Vertrauen nicht hergestellt! Sehr wohl aber durch einfache und nachvollziehbare Regeln.

An dieser Stelle möchte ich nochmals kurz das Thema *Banken* aufgreifen: im Rahmen der verschiedenen Abkommensstrategien werden Banken immer mehr dazu verpflichtet, die Steuerehrlichkeit ihrer Kunden zu überprüfen. Internationale Banken müssen dazu ein Know-how für viele Steuerjurisdiktionen aufbauen. Wenn wir uns nun überlegen, dass allein das deutsche Steuerrecht über 75'000 Paragraphen beinhaltet, und das Steuerrecht anderer Staaten auch nicht viel übersichtlicher ist, so ist es schwierig, zu verstehen, wie Banken diese Aufgabe wahrnehmen sollen und können?!

Für mich gab es einen kurzen Lichtblick, als Prof. Kirchhof im letzten Jahr eine Überarbeitung des deutschen Steuerrechts vorstellte. Er reduzierte die Paragraphen auf ein Minimum, das Steuerrecht war verständlich und hätte sogar die Gesamtsteuereinnahmen der Bundesrepublik erhöht. Doch was passierte? Sein Konzept wurde belächelt und ignoriert.

«*Transparenz*» bedeutet für mich auch, dass man eine Gesetzgebung hat, die präzise, griffig und verständlich ist und der man nachleben kann. «*Transparenz*» darf nicht dazu missbraucht werden, um den Bürger ungerechtfertigt zu kontrollieren und seine Privatsphäre auszuhöhlen.

Und ganz allgemein... sollte man das Wort «*Transparenz*» doch besser im Bereich der Physik belassen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!